

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Klößen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlagspreis: die neunmal gefaltete Monatshefte über deren
Preis 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Restansätze (außerhalb
an den dreizehntägigen Teil einer Zeitschrift) 1,50 RM. Einzelhefte nur
nachbestellen von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-M. 1, Güterbahnhofstraße 2
Bezugspreis: fünf Haus monatlich 2,00 RM (zählt im Voraus), durch
die Post 2,20 RM (ohne Zuzahlung). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täg-
lich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein
Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-M. Schiffsstraße und Ne-
belfiliale: Güterbahnhofstr. 2, Herrnhut 17 209, Postfach 100; Dresden 18 690.
Sprechstunden: Montags 10-12 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr
betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 10-12 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang Dresden, Montag den 29. September 1930 Nummer 227

Streikaufruf der Limbacher Ortsverwaltung gegen Lohnraub an den Metallarbeitern

Metallarbeiter Sachsens, folgt dem Kampfruf! Bildet Kampfausschüsse! Rüstet zum Streit!

Kollegen, Metallarbeiter!
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes
Limbach hat in einer am 27. September 1930 stattgefundenen
Verwaltungssitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:
„Die Tarifverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie
sind gescheitert. Die Unternehmer fordern einen Lohnabbau
von 12 bis 50 Prozent. Jetzt soll ein Tarifschiedsgericht
die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der sächsischen
Metallarbeiter übernehmen. Die Ortsverwaltung des DMB
Limbach ist sich völlig klar, daß durch einen Schiedspruch die Lohn-
und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter gewaltig verschlech-
tert werden. Die staatlichen Schlichtungsinstanzen sind Organe,
die nur die Interessen der Unternehmer, aber nicht die Interessen
der Arbeiter vertreten. Der Bomag-Arbeiterstreik ist
durch einen verbindlich erklärten Schiedspruch mit einem 9- bis
12prozentigen Lohnabbau mit Hilfe der sozialdemokratischen Füh-
rer des DMB abgewürgt worden. Der Schiedspruch für die ge-
samte Metallindustrie wird nicht besser ausfallen als der Schieds-
pruch für die Bomag-Arbeiter. In Chemnitz hat der Sozial-
demokrat Siegmund, Bevollmächtigter des Fabrikarbeiterverban-
des, einen Schiedspruch mit 5 Pf. Lohnabbau für die Zigaretten-
arbeiter beschworen und zur Annahme gebracht. Diese Tatsachen,
daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfüh-
rer mit einem Abbau der Löhne einverstanden
sind, Lohnabbau bei steigender Teuerung, bei Massenentlassungen
und Massenfeuern, bei Verschlechterungen auf sozialpolitischem Gebiet,
sind ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und müssen mit der
Waffe des Streiks beantwortet werden.
Nicht Lohnabbau, sondern Lohnausbau!

in allen Betriebsversammlungen Streikleitungen! Or-
ganisiert den Streit!
Die Ortsverwaltung des DMB Limbach.“
Metallarbeiter Sachsens! Der Kampfruf der Limbacher
Ortsverwaltung des DMB ist ein Alarmglocken. Unter Führung
der KPD und der revolutionären Betriebsräte müssen die Be-

triebsräte der Metallbetriebe sofort zu diesem Kampfruf Stel-
lung nehmen und sich geschlossen hinter den Aufruf ihrer Lim-
bacher Kollegen stellen.
Treffet alle Vorbereitungen zum Streit! Schafft KPD-Be-
triebsgruppen! Kämpft für Lohnhöhung um 20 Pf. die Stunde!
Gegen Kurzarbeit und Entlassungen! Für den Siebenstundentag
bei vollem Lohnausgleich! Schließt das Kampfbündnis mit den
Erwerbslosen!

Reichstagsvertagung bis 1931?

Brüning rechnet auf Loyalität von SPD und Nazis
Dresden, den 29. September.

Wie die Morgenpresse berichtet, hat das Reichskabinett seine
Beratungen über das finanzielle Reformprogramm beendet. Die
Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbet-
räge auf 65 Prozent soll ohne Verzug in Kraft treten.
Dabei sollen die Bestimmungen über die Annahme einer nach-
gemieteten Arbeit verschärft, praktisch also die Arbeitsdien-
pflicht eingeführt, wie auch bei der Krisenfürsorge die Bedürf-
tigkeitsprüfung veranlaßt werden. Bei der Kriegsgeldschü-
digenfürsorge soll ebenfalls eine Kürzung erfolgen.
An Stelle des Beamtennotopfers soll eine dauernde Kür-
zung der Beamtengehälter in Höhe von 5 Prozent tre-
ten. Während ursprünglich eine Staffelung der Abzüge geplant
war, soll sich endgültig der Abzug in gleicher Höhe auf alle Ge-
hälter beziehen, d. h. das Heer der unteren, schlecht bezahlten Be-
amten soll den Riesenanteil an der Gehaltskürzung tragen.

Mit der Verwendung der Hauszinssteuer für allge-
meine Etat Zwecke statt für Wohnungsbauten, soll ein Abbau
der Wohnungszwangswirtschaft verfügt, neue Be-
sitzsteuern unter keinen Umständen eingeführt werden. Im Gegen-
teil ist an eine Senkung der Realsteuern gedacht. Um
aus den momentanen Finanzschwierigkeiten herauszukommen, soll
ein ausländischer Ueberbrückungskredit in Höhe von 500 Mil-
lionen aufgenommen werden.
So massenfeindlich dieses Finanzprogramm ist, so raffiniert ist
seine Durchpeitschung gedacht. Das Kabinett rechnet mit der
Nichtaufhebung der Notverordnung durch den
Reichstag und mit seiner Zustimmung zum Ueberbrückungskredit.
Dann soll der Reichstag bis zum Januar 1931 ver-
tagt werden. Sowohl von der Sozialdemokratie als auch von
den Nationalsozialisten wird erwartet, daß beide nicht die Absicht
haben, gemeinsam mit den Kommunisten Obstruktionsmanö-
ver zu betreiben.

Steuerstreik und Steuerjobotage!

Aufruf der revolutionären Gemeindevertreter an die Werttätigen Sachsens
Dresden, den 29. September.

Unter großer Beteiligung tagte am Sonnabend und Son-
ntag die Landeskonzferenz der revolutionären Ge-
meindevertreter Sachsens. Circa 200 Delegierte
aus 150 Gemeinden Sachsens waren anwesend, mit ihnen Betriebs-
und Erwerbslosenorganisationen. Am Schluß der reichhaltigen Ver-
einigung fand eine Entschliessung Annahme, in der es
zum Schluß heißt:
„... In allen Gemeinden, wo die Diktatursteuern gegen den
Willen der roten Gemeindevertreter durchgeführt werden, ist
neben dem außerparlamentarischen Kampf der

Steuerstreik und die Steuerjobotage
als Gegenwehr durchzuführen. Daneben muß die Auflösung
des Gemeindeparkaments durch außerparlamentarischen
Druck (breite Massenversammlungen) erzwungen werden. Die Ein-
berufung von Versammlungen, in welchen Stellung zur Durchfüh-
rung der Auflösungskampagne genommen wird, sind sofort ein-
zuberufen. Höchste Aktivität ist erforderlich.
Die versammelten Delegierten erklären, daß sie im Kampf
gegen neue Massenbelastung trotz sächsischen Terror ihre pro-
letarische Pflicht erfüllen werden. Sie lehnen ihre Mitwirkung
bei der Erhebung und Eintreibung dieser Diktatursteuern und
Abgaben, für die die Sozialisten in den Länderregierungen
ebenso wie der Nationalsozialist Fried ihre Durchführungsbestim-
mungen erlassen haben, ab. Der Kopf- und Verdiensteuer, dem
Notopfer, der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern, der Bier-
und Schanksteuer, den Mietssteigerungen und dem Abba-
der sozialen Fürsorge gilt unser schärfster Kampf.

77 Kommunisten im Reichstag

Schluszählung ergibt 4 590 179 kommunistische Stimmen
Amtlich wird mitgeteilt: Infolge Zugangs an Stim-
men bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den
Wahlkreisen hat sich die Zahl der gültigen Stimmen auf
34 956 723 erhöht, darunter 4 590 179 Stimmen für die
Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese
Partei wird daher mit 77 Abgeordneten (nicht 78) im
neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien be-
deutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatsgewinn. Die
Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 577.

„Rot Front“ im Reichsgerichtsfaal

Zuchthausprozeß gegen KPD begonnen / Unerhörte Provoaktion des Staatsanwalts
Leipzig, 29. September.

In der heutigen Verhandlung erschienen die Angeklagten
zum Teil in der Uniform der Antifaschistischen Jungen Garde
und des Kommunistischen Jugendverbandes. Sie betraten den
Saal mit dem „Rotfront-Gruß“.
Gleich nach der Feststellung der Personalien beantragte die
Verteidigung die Ablehnung des Amtserichters Rürschner
und des Landgerichtsdirektors Frank wegen Befangenheit.

Rürschner stand als Kandidat auf der deutschnationalen
Reichstagsliste. Frank hatte in der letzten Zeit in verschiedenen
Prozessen gegen Kommunisten und Nationalsozialisten eine aus-
gesprochen parteiische Haltung gegen die Kommunisten
eingenommen. Die Verteidigung beantragte daher, beide abzu-
schießen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Während dieser
Unterbrechung gibt der Staatsanwalt die Anweisung, sämtliche
Zuhörer und sogar die Pressevertreter aus dem Saale
durch die Polizei zu entfernen.

Wir fordern die sofortige Aufhebung der
Diktaturverordnung,
die sich nur gegen die werttätigen Massen richtet.
Werttätige! Unterstützt tatkräftig diesen Kampf, bildet Ko-
mittees gegen Massenfeuern, nehmt Stellung in den
Betrieben, sozialpolitischen Organisationen, Kleinbürgerlichen
Vereinigungen und Erwerbslosenversammlungen. Heraus zum
Kampf gegen die Diktaturverordnung, für Steuererweigerung
und Steuerjobotage. Verhindert die Eintreibung der Diktatur-
steuern der bankrotten Hungerregierung. Kämpft gegen Lohn-
abbau und Arbeitszeitverlängerung, Abbau der sozialen Fürsorge,
für Siebenstundentag mit Lohnausgleich, für ausreichende Unter-
stützung aller Opfer des Kapitals.
Indem die Gemeindevertreter die vorhergehenden Maßnahmen
durchführen, mobilisieren sie am besten die breiten Massen gegen
die kapitalistische Young-Republik und schaffen dadurch gleich-
zeitig in den breiten Massen der Werttätigen die Erkenntnis für
den rückfichtlosen Kampf um die Errichtung eines Sowjet-
Deutschlands.“

Jungarbeiter Dresdens! Heute heraus
zum Protest gegen drohendes Zuchthausurteil, 19 Uhr
Freiberger Platz, 20 Uhr Keglerheim, Friedrichstraße